

## Flüchtlingsrat: Bouillon spielt Rechten in die Hände

Kritik an Zeichnen von Bedrohungsbildern - Minister kontert: Saarländer müssen „wahrhafte Fakten erhalten“

Der Saarländische Flüchtlingsrat hat Innenminister Bouillon davor gewarnt, ständig von einem drohenden Kippen der Stimmung zugunsten der Flüchtlinge zu sprechen. Es gebe keinen Stimmungsumschwung, auch nicht in Lebach.

**Saarbrücken/Lebach.** Der Verein Saarländischer Flüchtlingsrat (SFR) hat jetzt Innenminister Klaus Bouillon (CDU) und dem parteilosen Lebacher Bürgermeister Klauspeter Brill vorgeworfen, mit ihren Äußerungen zur Flüchtlingszuwanderung Rechtspopulisten direkt in die Hände zu spielen. „Es gibt angesichts der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen keinen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung, auch nicht in Lebach“, er-

klärte SFR-Vorstand Peter Nobert. Bouillon und Brill arbeiteten in der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen wiederholt mit Bedrohungsszenarien, die mit dem rassistischen Bild der „Überfremdung“ kompatibel seien. Das sei unseriös, so Nobert. So habe Bouillon zum Besucherandrang im Lebacher Freibad im Sommer gesagt, dass man sich dort nicht mehr wie in Lebach gefühlt habe. Und Brill habe „ohne Not, aber regelrecht als Drohung“, die Lage von 1990 in Lebach in Erinnerung gerufen, als Roma mit einer massiven rassistischen Mobilisierung aus der Bevölkerung konfrontiert gewesen seien, so Nobert. „Die Zeichen der Zeit stehen nach wie vor auf Solidarität, auch in Lebach“, sagte SFR-Vorstand Ro-

land Röder. Der beste Weg zur Integration sei die Verteilung der Flüchtlinge auf Wohnungen in den Kommunen.

Das Innenministerium teile die SFR-Auffassung, dass der schnellste Weg der Integration von Flüchtlingen in der Verteilung auf die Kommunen bestehe, sagte Bouillons Sprecherin Katrin Thomas der SZ. Um dort auch ausreichend Wohnraum bieten zu können, habe Bouillon die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister immer wieder darauf hingewiesen, das Wohnraumprogramm der Landesregierung in Anspruch zu nehmen. Das Saarland unterstütze die Herrichtung von privatem Wohnraum: Sofern kleinerer bis mittlerer Renovierungsbedarf bestehe, etwa Bad,

Küche, Fußböden, Malerarbeiten, könne die Kommune einen Zuschuss für den privaten Anbieter beim Ministerium beantragen. Bouillon sehe es als seine Verpflichtung an, darauf hinzuweisen, dass die Kommunen schneller als gedacht an ihre Grenzen stoßen könnten, wenn nicht ausreichend Vorsorge getroffen werde, so Thomas. Damit die Saarländer weiterhin mit großer Solidarität, Hilfsbereitschaft und Toleranz den Flüchtlingen begegneten, müssten sie informiert werden und wahrhafte Fakten erhalten. „Nur so ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben“, sagte Thomas. Bürgermeister Brill gab auf Anfrage bisher keine Stellungnahme zur SFR-Kritik ab. *dik*